



Marina Schuster
Mitglied des Deutschen Bundestages

Marina Schuster, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Herrn
Dr. Jörg Alt
Centre for Global Learning
Königstraße 64
90402 Nürnberg

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 / 227-74495
Telefax: 030 / 227-76495
Email: marina.schuster@bundestag.de

Homepage: <http://www.marina-schuster.de>

Wahlkreisbüro

Georg-Jobst-Gasse 22a
91171 Greding
Telefon: 08463 / 601717
Telefax: 08463 / 601718

Berlin, 10. Mai 2012

Sehr geehrter Herr Dr. Alt,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 17. April, in dem Sie sich für eine Stärkung des Internationalen Strafgerichtshofs und nachhaltig wirkende Maßnahmen in Zentralafrika einsetzen. Ihr Engagement mit dem Centre for Global Learning, das möchte ich vorausschicken, weiß ich sehr zu schätzen.

Zunächst möchte ich Ihnen versichern, dass Deutschland das Ziel der Festnahme von Joseph Kony – politisch wie finanziell – umfassend unterstützt. Dass Kony bisher noch nicht dingfest gemacht werden konnte, hat aus meiner Sicht weniger mit öffentlicher Aufmerksamkeit zu tun, als mit den schwierigen Bedingungen, unter welchen er und seine Mittäter gefasst werden sollen.

Darüber hinaus hat diese Bundesregierung aber sehr konkrete Erfolge in der Strafgerichtsbarkeit vorzuweisen. Besonders hervorzuheben ist die Weiterentwicklung des Rom-Status bei der Überprüfungskonferenz in Kampala- ein Meilenstein. Im Ergebnis wurde das Verbrechen der Aggression definiert, das ab dem Jahr 2017 unter die Gerichtsbarkeit von Den Haag fallen wird. Dieser Fortschritt ist zu einem großen Anteil der deutschen Delegation unter dem Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung, Markus Löning, und der Völkerrechtsberaterin der Bundesregierung, Susanne Wasum-Rainer, zu verdanken. **Ihr Einsatz ermöglichte die Umsetzung des erstmalig in einem Koalitionsvertrag festgehaltenen Vorhabens, Strafbarkeitslücken im Rom-Statut zu schließen!**

Des Weiteren hat diese Regierungskoalition insbesondere jenseits vielleicht kurzlebiger Kampagnen **handfeste Erfolge** vorzuweisen, die zum Wohl der Menschen vor Ort und zur mittel- und langfristigen Stabilität in Zentralafrika beitragen. So sind die Etablierung des Menschenrechts auf Trinkwasser und sanitäre Grundversorgung sowie die Resolution der Vereinten Nationen zum Schutz der Kinder in bewaffneten Konflikten Meilensteine, denen die Bundesregierung auf internationaler Ebene zum Durchbruch verholfen hat.

Zuletzt möchte ich Sie noch auf die verabschiedeten interfraktionellen Anträge im Bundestag zur **Demokratischen Republik Kongo** (Bundestag-Drucksache 17/4691 bzw. 17/6448) und Sudan (17/1158) aufmerksam machen. Der Kongo-Antrag, der maßgeblich von mir verfasst wurde und zum interfraktionellen Antrag wurde, nimmt eine sehr konkrete Analyse der Situation im Jahr 2010 vor. Weitergehend wurden explizite Forderungen an die Bundesregierung, an die Regierung der Demokratischen Republik Kongo sowie an die internationale Gemeinschaft gestellt.

Die Bundesregierung unterstützt vielfältige Projekte in der DR Kongo. Von einem kann ich persönlich berichten, weil ich ehemalige Kindersoldaten im Ost-Kongo, in Bukavu, besucht habe. In dem Projekt erhalten die Kinder Unterkunft, Nahrung, Traumaverarbeitung und können dort in die Schule gehen, bevor sie zu ihren Verwandten zurückkehren. Die DR Kongo ist eines der Hauptempfängerländer von Not- und Übergangshilfe. Verschiedene deutsche Organisationen engagieren sich für die Reintegration von Bürgerkriegsopfern, die Ernährungssicherung, für die Verbesserung der Lebensbedingungen und die Friedensförderung insbesondere im Osten des Landes. Ein Bedarf an entsprechender Unterstützung besteht nach Ansicht von Experten noch für mindestens fünf weitere Jahre. Beiträge leistet das BMZ auch über ein regionales Partnerschaftsprogramm mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR).

Mit dem ebenfalls interfraktionellen **Sudan**-Antrag ging es darum, freie und faire Wahlen sicherzustellen sowie den Friedensprozess über das Referendum im vergangenen Jahr hinaus zu begleiten. Da eben letzteres angesichts der derzeitigen Lage mehr denn je geboten ist, beschäftige ich mich in meiner aktuellen politischen Arbeit intensiv mit diesem Thema und werde in Kürze einen neuen Antrag vorlegen, der hoffentlich noch vor der Sommerpause verabschiedet wird. Die fehlende, umfassende Entwaffnung – die Sie erwähnen, ist in der Tat ein großes Problem, das in diesem Antrag berücksichtigt wird.

Seit der Aufnahme der Entwicklungszusammenarbeit mit der südsudanesischen Regierung hat das BMZ über den Beitrag von 10 Millionen Euro für den Multi Donor Trust Fund Südsudan hinaus Mittel für Technische Zusammenarbeit in Höhe von 17 Millionen Euro zugesagt. Bei seinem Besuch im Südsudan am 2. und 3. April 2011 hat Bundesminister Dirk Niebel die

Bewilligung von weiteren 13 Millionen Euro für die Zeit nach der Unabhängigkeit in Aussicht gestellt. Mit diesen Mitteln der Finanziellen Zusammenarbeit soll das Programm im städtischen Wasser- und Sanitärsektor ausgebaut werden.

Zusätzlich engagiert sich das BMZ in der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe – allein im Jahr 2010 wurden mehr als drei Millionen Euro für Projekte im Südsudan bereitgestellt. Unterstützt werden in erster Linie die soziale und wirtschaftliche Wiedereingliederung von rückkehrenden Flüchtlingen sowie die Ernährungssicherung, Basisgesundheits- und Trinkwasserversorgung.

Projekte mit direkter Zielsetzung der Krisenprävention und Konfliktbearbeitung fördert die Bundesregierung über das Auswärtige Amt. Das BMZ richtet die gesamte entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit dem Südsudan nach den Grundsätzen der Konfliktsensibilität aus. Wo möglich, werden direkte Beiträge zur Krisenprävention in die Schwerpunkte integriert. Im Rahmen des vom BMZ finanzierten Zivilen Friedensdienstes (ZFD) sind fünf Friedensfachkräfte der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe e.V. (AGEH) im Südsudan im Einsatz. Sie arbeiten im Bereich der interreligiösen Versöhnung und Menschenrechtsarbeit mit lokalen "Peace and Justice Commissions" der sudanesischen katholischen Kirche zusammen.

Es ist wichtig zu wissen, dass wir Unterstützung für unsere menschenrechtspolitische Arbeit in Afrika haben. Für Ihren Einsatz danke ich Ihnen daher sehr.

Mit freundlichen Grüßen



Marina Schuster